



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/255

1. November 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Begegnung Schumacher - Niemöller	S.1
Die neue Regierung in Dänemark	S.3
Rotchina auf dem Kriegsschauplatz	S.4
Der gesprächige Bundesjustizminister	S.6

Sozialdemokratie und Bekennende Kirche

-nn. Nichts konnte der Bundesregierung ungelegener kommen als die Darmstädter Konferenz, auf der sich hervorragende Vertreter der Bekennenden Kirche mit führenden Sozialdemokraten trafen. Wenn Dr. Adenauer bereits in Goslar in seiner Polemik gegen den hessischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller von einer "defaitistischen" und "nihilistischen" Haltung sprach, so konnte niemand im Zweifel sein, in welcher Weise der Widerstand gegen eine Politik der bedingungslosen Remilitarisierung Deutschlands gebrochen werden soll. Der Parteitag der CDU hat sich gehütet, auch nur ein Wort über die von einem tiefen sittlichen Ernst getragenen Argumente eines Dr. Heinemann zu verlieren, der immerhin als hervorragender Repräsentant der evangelischen Kirche das Amt des Bundesinnenministers erhalten hatte und wegen seiner Differenzen mit dem Parteichef und Bundeskanzler Dr. Adenauer zum Rücktritt gezwungen wurde. Statt dessen musste Niemöller herhalten, der mit seinen nicht immer glücklichen Äußerungen zu politischen Fragen dies Spiel allerdings erleichtert hat.

Der Versuch der stärksten Regierungspartei aber, den Eindruck zu erwecken, als ständen alle, die sich nicht vorbehaltlos für die deutsche Wiederbewaffnung aussprechen, lediglich unter dem Einfluss eines seine kirchlichen Kompetenzen überschreitenden Querkopfes, kann nicht gelingen. Man mag Persönlichkeiten des kirchlichen oder politischen Lebens diffamieren, am Ende wird man doch zugeben müssen, dass die ablehnende Haltung der parlamentarischen Opposition in dieser Frage bereits eine Volksbewegung hervorgerufen hat, die der Bundesregierung das militärische Kon-

zept verdirbt.

Die Tatsache, dass sich das Kabinett mit der Darmstädter Konferenz eingehend befasste, lässt Schlüsse auf die Nervosität der Regierung stellen zu. Die wütende Polemik, deren sich der Kommentator Dr. Adenauers in DUD befelegte, tut ein übriges, um denen die Augen zu öffnen, die bisher noch geglaubt hatten, es könne mit dieser Regierung und den sie stützenden Parteien ein sachliches Gespräch geführt werden. Natürlich muß der SPD von dieser Seite Parteiegoismus vorgeworfen werden, wenn sie ein so ernstes Problem zum Anlass nimmt, sich mit einer der tragenden Kräfte des öffentlichen Lebens darüber auszusprechen. Selbstverständlich muss die Forderung nach Auflösung des Bundestags so umgebogen werden, als sollte die Strasse mobilisiert werden.

Leider wagt man sich in der Hitze der Erregung etwas zu weit vor und ^{ver}wirft den fundamentalen demokratischen Grundsatz, dass zuerst das Volk selbst zu entscheiden habe. Mit dem Zweifel, "ob die Hysterie und der Taumel eines Wahlkampfes eine gute Grundlage für die Entscheidung einer Lebens- und Sterbensfrage seien", wird dem Volk das Recht und die Reife abgesprochen, über sein Schicksal das letzte Wort zu reden! Wir sind sicher, dass das Volk von dieser Art Friedhofsruhe wahrlich genug hat und bezweifeln nicht, dass denen die richtige Antwort erteilt werden wird, die glauben, die Bevölkerung müsse den Mund halten, damit die Regierung besser regieren könne.

Die Initiative, die die Vertreter der Bekennenden Kirche hier entfaltet haben, ist darauf berechnet, alles in eine Wagschale zu werfen, was die durch die Regierungspolitik vorgezeichnete Entscheidung umstossen kann. Dabei gehen die Vertreter der Kirche davon aus, dass es durchaus im Bereich ihrer Verantwortung liegt, zu so einschneidenden Angelegenheiten öffentlich Stellung zu nehmen.

Es sind weitere Gespräche mit der Sozialdemokratie geplant, von denen das nächste sich mit dem Mitbestimmungsrecht befassen soll. Auf sozialdemokratischer Seite verspricht man sich von diesem Gedankenaustausch, der bereits 1947 in Detmold aufgenommen wurde, eine beträchtliche Bereicherung des politischen Lebens, die in der Wirkung umso tiefer sein wird, als Sozialdemokratie und Evangelische Kirche ein echtes Verantwortungsbewusstsein für Gesamtdeutschland gemeinsam haben.

Labile Lage in Dänemark

KPK Kopenhagen, Anfang November

Der Sturz der sozialdemokratischen Minderheitsregierung Hedtoft hat auch jene Politiker überrascht, die den Mißtrauensantrag gestellt hatten. Im Grunde hatten die ehemaligen Oppositionsparteien nur eine Demonstration gegen die "sozialdemokratische Mißwirtschaft" beabsichtigt. Aber die Partei Hedtofts empfindet keine Trauer darüber, dass die anderen nun Gelegenheit bekommen, zu zeigen, ob sie es besser können. Die Forderung nach dem Aufheben der Butterrationierung, die den Fall der Regierung Hedtoft veranlasst hat, war sehr populär. Die Möglichkeiten, die Rationierung aufzuheben, waren und sind jedoch gering. Essen die Dänen mehr Butter, so können sie nicht mehr soviel exportieren. Exportieren sie weniger, so wird die Lösung der brennenden Devisenprobleme noch mehr erschwert. Aber die neue Regierung muss dem Volke geben, was ihre Männer als die Führer der Opposition gefordert hatten: freie Butter. Das bedeutet noch mehr Einschränkungen auf anderen Gebieten.

Der Ausgangspunkt ist schwierig, weil er sich auf Demagogie gründet. Die konservative Zeitung "Politiken" schrieb mit Recht: "Die Regierung Hedtoft ist verschwunden, die schwierigen Wirtschaftsprobleme sind geblieben. Wenn es umgekehrt wäre, wäre es besser".

König Fredrik hat sich lange geweigert, einem anderen Politiker als Hedtoft die Neubildung der Regierung anzuvertrauen. Der König weiss, daß eine andere Regierung über eine noch kleinere Stabilität verfügen muss. Die Sozialdemokraten verfügen im Folketing über 59 Mandate. Die Kombination Venstre - Konservative verfügt ebenfalls über 59 Mandate. Aber die Übereinstimmung der beiden neuen Regierungsparteien bestand bisher nur im Negativen. Es wird sich zeigen, ob die Eintracht halten wird, wenn es gilt, die denkbar unpopulärsten Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft durchzuführen.

Der neue Ministerpräsident Erik Eriksen (Venstre, eine vor allem aus Bauern bestehende Partei) hatte vom König den Auftrag bekommen, eine Regierung auf breitester Grundlage zu bilden. Ehe jedoch die Stellungnahme der sozialdemokratischen Parteileitung bekannt geworden war, hatte er sein Minderheits-Koalitionskabinett fertiggebildet. Dem Kabinett wird sicherlich eine Startmöglichkeit geboten werden. Eine lange Lebensdauer kann ihm nicht vorausgesagt werden. Die Bürgerregierung bedeutet vermutlich den Übergang zu Neuwahlen.

Rotchina auf dem Kriegsschauplatz

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Über Nacht gewissermassen ist in Korea abermals eine neue Situation eingetreten: die "geschlagenen" Nordkoreaner gehen zum Gegenangriff über. Die Ursache ist bekannt, obwohl man sie im amtlichen Washington aus politischen Gründen noch nicht zur Kenntnis nehmen darf. Es sind rotchinesische Truppen, die die Reste der nordkoreanischen Armee aufgefangen, mit neuen Waffen versehen haben und ihnen helfen, den Gegenangriff voranzutragen. Mit dem Erfolg, dass die UNO-Truppen in den letzten Tagen Rückschläge an Stelle der bisherigen Fortschritte melden müssen.

Der stärkste Gegenstoß der Kommunisten richtet sich gegen Hamhung an der Ostküste Koreas. Hamhung ist ein Industriezentrum Koreas; der Wunsch, dieses Gebiet zurückzuerobern, ist also begreiflich. Noch sind hier bei den angreifenden Truppen keine Chinesen gemeldet worden, das besagt aber nicht, dass die Nordkoreaner den Angriff allein vortragen. Erstaunlich daran ist, dass dieser Stoß in ein Gebiet führt, in dem amerikanische Elitetruppen aufmarschiert sind. Rund 75 km südlich von Hamhung ist am 25. Oktober die 1. US-Marinedivision bei Wonsan an Land gegangen, vier Tage später wurde die 7. Infanteriedivision mit anderen Verbänden in einer Stärke von insgesamt 27.000 Mann nordöstlich von Hamhung bei Luon gelandet. Aufgabe dieses Verbandes war wohl, ein damals noch vermutetes Ausweichen der Nordkoreaner in den sowjetrussischen Machtbereich zu verhindern. Der kommunistische Stoß auf Hamhung wird die 7. Infanteriedivision zwingen, kehrtzumachen und die Bedrohung im Rücken abzuwehren.

Die Nordkoreaner müssen sich sehr stark fühlen, dass sie es wagen, 200 km von ihrer Kraftquelle, der mandschurischen Grenze, entfernt, mitten in den Aktionsbereich zweier US-Elitivedivisionen zu stossen. Das ist das bedenklichste Merkmal der neuen Lage, es lässt darauf schliessen, dass die Nordkoreaner mit einer beträchtlichen Hilfe rechnen. Diese Hilfe kann nur von Rotchina kommen, wie wirksam sie ist, zeigt, dass der Vormarsch bisher nicht aufgehalten werden konnte.

McArthur ist in einer schwierigen Lage. Ein UNO-Beschluss zwingt ihn, seine besten Truppen 50 km vor der mandschurischen Grenze abzustoppen. Nur die südkoreanischen Truppen, so hiess es, sollten bis zur Grenze vorstossen. Ein Feldherr, dessen Operationen im entscheidenden Punkt stärker von politischen denn von militärischen Gesichtspunkten dirigiert wird, gerät in einem ständigen Gewissenskonflikt, der das Endziel, die Nieder-

Rotchina auf dem Kriegsschauplatz

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Über Nacht gewissermassen ist in Korea abermals eine neue Situation eingetreten: die "geschlagenen" Nordkoreaner gehen zum Gegenangriff über. Die Ursache ist bekannt, obwohl man sie im amtlichen Washington aus politischen Gründen noch nicht zur Kenntnis nehmen darf. Es sind rotchinesische Truppen, die die Reste der nordkoreanischen Armee aufgefangen, mit neuen Waffen versehen haben und ihnen helfen, den Gegenangriff voranzutragen. Mit dem Erfolg, dass die UNO-Truppen in den letzten Tagen Rückschläge an Stelle der bisherigen Fortschritte melden müssen.

Der stärkste Gegenstoß der Kommunisten richtet sich gegen Hamhung an der Ostküste Koreas. Hamhung ist ein Industriezentrum Koreas; der Wunsch, dieses Gebiet zurückzuerobern, ist also begreiflich. Noch sind hier bei den angreifenden Truppen keine Chinesen gemeldet worden, das besagt aber nicht, dass die Nordkoreaner den Angriff allein vortragen. Erstaunlich daran ist, dass dieser Stoß in ein Gebiet führt, in dem amerikanische Elitetruppen aufmarschiert sind. Rund 75 km südlich von Hamhung ist am 25. Oktober die 1. US-Marinedivision bei Wonsan an Land gegangen, vier Tage später wurde die 7. Infanteriedivision mit anderen Verbänden in einer Stärke von insgesamt 27.000 Mann nordöstlich von Hamhung bei Luon gelandet. Aufgabe dieses Verbandes war wohl, ein damals noch vermutetes Ausweichen der Nordkoreaner in den sowjetrussischen Machtbereich zu verhindern. Der kommunistische Stoß auf Hamhung wird die 7. Infanteriedivision zwingen, kehrtzumachen und die Bedrohung im Rücken abzuwehren.

Die Nordkoreaner müssen sich sehr stark fühlen, dass sie es wagen, 200 km von ihrer Kraftquelle, der mandschurischen Grenze, entfernt, mitten in den Aktionsbereich zweier US-Elitedivisionen zu stossen. Das ist das bedenklichste Merkmal der neuen Lage, es lässt darauf schliessen, dass die Nordkoreaner mit einer beträchtlichen Hilfe rechnen. Diese Hilfe kann nur von Rotchina kommen, wie wirksam sie ist, zeigt, dass der Vormarsch bisher nicht aufgehalten werden konnte.

McArthur ist in einer schwierigen Lage. Ein UNO-Beschluss zwingt ihn, seine besten Truppen 50 km vor der mandschurischen Grenze abzustoppen. Nur die südkoreanischen Truppen, so hiess es, sollten bis zur Grenze vorstossen. Ein Feldherr, dessen Operationen im entscheidenden Punkt stärker von politischen denn von militärischen Gesichtspunkten dirigiert wird, gerät in einem ständigen Gewissenskonflikt, der das Endziel, die Nieder-

ringung des Gegners, hemmend beeinflussen muss. Militärisch ist der UNO-Beschluss mit der 50-km-Grenze ein Unfing, dass er politisch ebenfalls nicht mehr gerechtfertigt ist, zeigen die letzten Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz.

Die 50-km-Grenze war geschaffen worden, um etwaige Befürchtungen Mao-Tse-Tungs wegen der mandschurischen Grenze von vornherein zu zerstreuen. Diese Sorge war, wie sich gezeigt hat, überflüssig; Mao hat ohne Rücksicht auf die Rücksichten der UNO gehandelt. Seine Truppen standen nicht nur innerhalb der 50-km-Grenze, sie wurden schon vor acht Tagen 60 km südlich der Grenze festgestellt.

Mao-Tse-Tung hat seine Truppen ohne Kriegserklärung in den Korea-Krieg eingreifen lassen. Das hat der UNO bisher ermöglicht, die Anwesenheit rotchinesischer Truppen in Nordkorea zu ignorieren. Vermutlich sind hinter den Kulissen Verhandlungen im Gange, Mao-Tse-Tung in Güte aus seinem nordkoreanischen Engagement zu lösen. Ob es gelingt, ist fraglich; es wäre freilich dann unmöglich, wenn man heute schon das Eingreifen rotchinesischer Truppen zugäbe. Andererseits kann McArthur als Verantwortlicher für die militärische Lage nicht auch so handeln wie die Politiker der UNO, denn für ihn ist die chinesische Unterstützung Nordkoreas eine harte Realität, die sich auf seinen Karten im Zurückstecken von Fähnchen unangenehm bemerkbar macht. Daher die halb verdeckenden, halb enthüllenden, auf jeden Fall aber auf eine Entscheidung drängenden Bemerkungen aus dem UNO-Hauptquartier, dass die Nordkoreaner von "irgendwoher" Hilfe bekämen und dass das neue Material "vermutlich" über die mandschurische Grenze komme.

Man wird also damit rechnen können, dass schon in Kürze eine Feststellung der UNO erfolgt, ob Mao-Tse-Tung in Nordkorea eingegriffen hat oder nicht. Wird die tatsächlich bestehende Situation bejaht, dann bedeutet das, dass die Schlichtungsversuche im Sand verlaufen sind und dass Rotchina gegen die UNO die Waffen erhoben habe. Das würde nicht nur für Korea eine völlig neue Lage schaffen.

- - - -

Rückfälliger Dehler

sp. In einer Wahlkundgebung der FDP in Neustadt hat der Bundesjustizminister Dr. Dehler wieder einige Bemerkungen gemacht, die deutlich zeigen, mit welchen Parolen er glaubt, heute am ehesten Erfolg zu haben. Dehler berief sich ausdrücklich auf seine Hamburger Darlegungen, die seinerzeit soviel Staub aufgewirbelt haben und erklärte, nicht weniger angespielt als damals: "Ich will Hitlers Schuld nicht niedrig veranschlagen, aber die Schuld der anderen ist nicht geringer" (Neue Presse, Coburg, 31.10.50). Der Minister sprach sich dann für eine Remilitarisierung aus und steigerte sich, zur Innenpolitik übergehend, zu der Behauptung, die nicht weniger grotesk ist als die zuerst erwähnte: "Ich kann feststellen, dass die größte Sorge der Regi rang die ist, wie man den Armen, den sozial Schwachen helfen kann".

Möglich oder fast wahrscheinlich, dass morgen oder übermorgen zum ersten Punkt ein Dementi kommt, des Inhaltes, der betreffende Bericht-erstatte habe völlig falsch verstanden oder vielleicht sogar in böser Absicht falsch wiedergegeben. Solche Ausreden verlieren aber bei allzu häufigem Gebrauch jede Wirkung. Soviel ist sicher, dass die politischen Auffassungen Dr. Dehlers in solchen Versammlungen, in denen er sich freier und ungehemmter äußern kann als auf der Tribüne des Parlamentes, oder in der Unterhaltung mit einem kritischen Gesprächspartner, besser und wahrheitsgetreuer wiedergegeben werden, als bei irgend einer anderen Gelegenheit. Herr Dehler hat sich schon verschiedentlich als enfant terrible der Regierung betätigt. Er strapaziert die Geduld selbst seiner Freunde erheblich und es wird sich zeigen, wie lange er das tun kann.

- - -

Mit 20 Jahren Rektor

"Junge Welt" (Zentralorgan der FDJ Nr. 74):

"Die Älteren Lehrer des Kreises Luebben im Spreewald mögen recht mit-trauisch gewesen sein, als eines Tages eine neue Rektorin bei ihnen er-schien, die ungefähr 20 Jahre alt war. Diese junge Rektorin war Waltraud Hessler. Sie wurde am 3. April 1928 in Berlin als Tochter eines Handwer-kers geboren. Nach der Volksschule besuchte sie die Lehrerinnenbildungs-anstalt in Schwerin/Warthe. Waltraud wurde 1947 Mitglied der Freien Deut-schen Jugend. Vom ersten Tage an leistete sie in der FDJ aktive Arbeit. Sie baute ihre Dorfgruppe auf. Damit gab sie sich aber nicht zufrieden. Bald hatte sie an der Entwicklung des ganzen Kreisverbandes Luebben An-teil. Als sie ihre verantwortungsvolle Arbeit als Rektorin begann, blieb sie erst recht mit der Arbeit der FDJ aufs engste verbunden. Sie errang sich das Vertrauen des gesamten Kreisverbandes und wurde 1949 zur Vor-sitzenden des FDJ-Kreisverbandes Luebben gewählt. Immerfort war Waltraud bemüht, ihr Wissen zu vervollständigen. Sie besuchte Jugendschulen und trieb ein intensives Selbststudium".

- - -